

26

LAN  
LM

## Beschluss-(Resolutions-)antrag

der Gemeinderät:innen Prof. Mag. Dr. Gerhard Schmid, Mag.<sup>a</sup>, Dr.<sup>in</sup> Ewa Samei, (SPÖ)  
und Dipl.Ing. Dr Stefan Gara und Thomas Weber (NEOS)

betreffend **Budgeterhöhung für österreichische Universitäten**,  
eingebracht zu Post 52 in der Sitzung des Wiener Gemeinderats am 21.09.2022

### Begründung

Österreichs Universitäten brauchen dringend mehr Geld. Die Budgeterhöhung für die Jahre 2022 bis 2024 um 1,3 Mrd. Euro reicht – so erklären sie besorgt - nicht aus. Das Budget wurde 2020 festgelegt, die derzeitige Inflation sowie die steigenden Energiepreise waren damals nicht erwartet und einberechnet. Die steigenden Preise lassen daher den finanziellen Bedarf der Universitäten in Österreich deutlich wachsen. Im Frühjahr ging man noch von 500 Mio. Euro aus, um die Teuerungen auszugleichen, mittlerweile stellt diese Summe nur mehr die absolute Untergrenze dar, die man braucht, um den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Werden die finanziellen Mittel nicht aufgestockt, hätte das dramatische Folgen für den Universitätsstandort Österreich. Nicht nur müssten Stellen abgebaut werden, auch Forschungsprojekte müssten gestoppt werden. Das würde nicht nur eine Abwanderung von Top-Kräften bedeuten, sondern hätte langfristig auch verheerende finanzielle Auswirkungen. Denn jetzt vorhandene Strukturen ab- und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzubauen bedeutet letztlich ein Mehr an finanziellem Aufwand.

Wien als größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum ist von dieser Situation besonders betroffen. Nicht nur würde es zu einem Braindrain am wichtigsten Forschungsstandorts Österreich kommen, auch die Qualität der Lehre für die über 160.000 Studierenden an den neun öffentlichen Universitäten in Wien wäre in Gefahr. Die gute Ausbildung der Fachkräfte von morgen muss Priorität haben, um international konkurrenzfähig zu bleiben und die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Wien und Österreich zu gewährleisten. Dafür braucht heute es die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen.

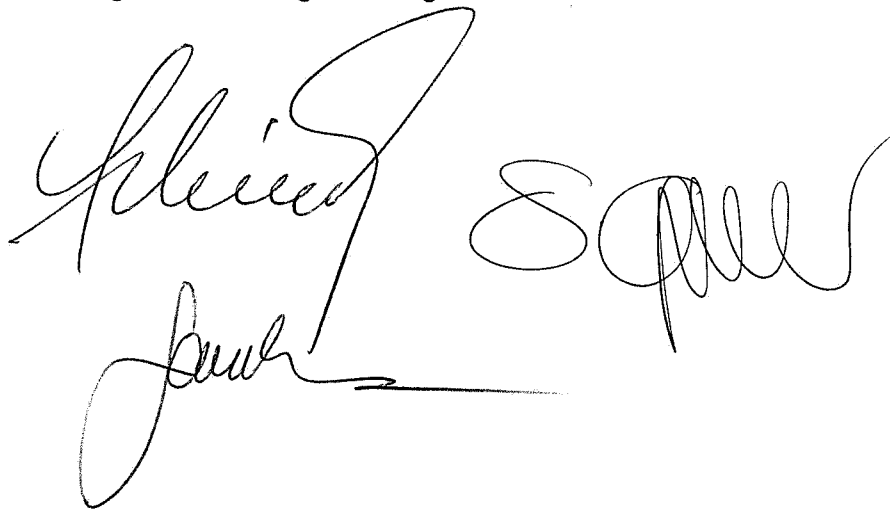
Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat fordert den Bundesminister für Finanzen dringend auf, den österreichischen Universitäten die benötigten zumindest 500 Mio. Euro unverzüglich zur Verfügung zu stellen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, den Studierenden und Fachkräften von morgen eine qualitätsvolle Ausbildung zu ermöglichen und den Universitäts-, Wissenschafts- und Forschungsstandort Wien und Österreich nicht zu gefährden.

In formeller Hinsicht wird sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 21.09.2022



MAGISTRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN  
Eing.: 21. SEP. 2022  
FG-1994476-2022-CAT  
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtssenat